

Wirtschaft

Altern kostet Geld

Private Pflegeversicherungen zahlen oft erst bei höherem Pflegegrad. Ein Überblick

MECHTHILD HENNEKE

Die gesetzliche Pflegeversicherung finanziert die Kosten für die Unterbringung in einem Heim oder die private Pflege. Doch reicht der staatliche Beitrag bei weitem nicht aus. Es bleibt eine so genannte Pflegelücke, denn der Heimplatz ist teuer. Er kostet 3500 Euro und mehr. Der Staat zahlt aber derzeit maximal 2005 Euro aus der Pflegekasse hinzu. Wer Pflege braucht, muss zuzahlen – je mehr Pflegeleistungen benötigt werden, desto höher die Summe. Die Rente oder die Ersparnisse müssen meist dafür herhalten. Reichen die eigenen Mittel nicht, können die Angehörigen als Unterhaltspflichtige vom Sozialamt hinzugezogen werden. Private Pflegevorsorge-Versicherungen bieten eine Alternative.

Es gibt sie in verschiedenen Varianten: als Pflegegeldversicherung, Pflegekostenversicherung und Pflegerentenversicherung. Ob eine private Pflegezusatzversicherung bedarfsgerecht und sinnvoll ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab, heißt es beim Bund der Versicherten. Die eigene körperliche Konstitution spielt dabei eine Rolle und die zu erwartende Rente.

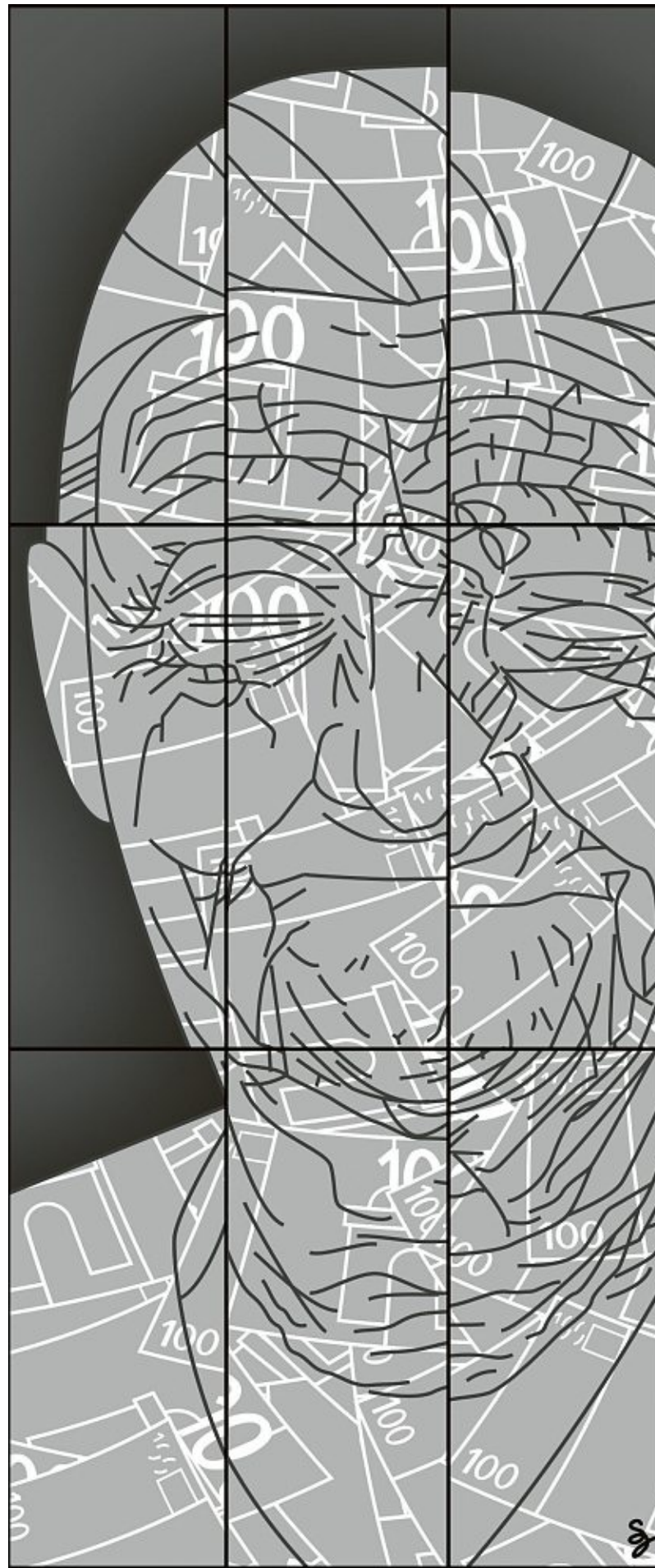
Pflegegeldversicherung: Sie ist die gängigste private Vorsorge, zahlreiche Versicherungen bieten sie an. Antragsteller müssen einen Gesundheitsfragebogen beantworten. Vorerkrankungen haben einen Risikozuschlag zur Folge. Eine Wartezeit gibt es in der Regel nicht.

Wenn der Versicherungsfall eintritt, wird das zuvor vereinbarte Tagesgeld ungeachtet der tatsächlichen Kosten gezahlt. Die Höhe des Tagesgeldes richtet sich nach dem Pflegegrad. Der volle Tagesgeldsatz wird häufig erst bei Pflegegrad 5 fällig. Der Versicherte kann frei über das Geld verfügen und es zum Beispiel für Pflegehilfe durch die Familie oder für Sachkosten einsetzen.

Neben dem Pflegegeld selbst können auch einige Modalitäten vereinbart werden, zum Beispiel, dass das Geld auch bei einem Auslandsaufenthalt gezahlt wird. Hilfreich kann auch eine Sonderzahlung sein, wenn Pflegegrad 2 eintritt. Von der Summe, die mehrere Tausend Euro groß ist und die manche Versicherungen anbieten, kann zum Beispiel ein Seniorenbett angeschafft werden.

Stiftung Warentest hat vor kurzem Pflegegeldversicherungen geprüft. So kann ein 55-Jähriger, der eine Versicherung abschließt und rund 90 Euro monatlich zahlt, bei Pflegegrad 2 zwischen 271 und 1100 Euro monatlich erhalten – je nach Anbieter.

Laut den Testern kann eine Pflegegeldversicherung sinnvoll sein, wenn Versicherte ihr Vermögen, wie eine Immobilie, für ihre Kinder erhalten und nicht für die Pflege einsetzen wollen. Allerdings warnen



Die Leistungen der Pflegekasse variieren nach Pflegegrad und sind abhängig davon, ob zu Hause oder im Heim gepflegt wird. Die Pflegegrade werden nach der Schwere der Beeinträchtigung der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten der pflegebedürftigen Person festgestellt und liegen zwischen 1 (leichte Einschränkungen) und 5 (intensive Betreuung).

Der Umfang der Unterstützung durch die Pflegekasse beginnt bei 125 Euro monatlich zum Beispiel für Hilfsdienste durch einen Pflegedienst bei Pflegegrad 1. Dabei kann es sich um Hilfe beim wöchentlichen Einkauf handeln oder einem gezielten Gedächtnistraining. Die meiste Unterstützung steht Menschen bei Pflegegrad 5 zu. Sie können 2005 Euro für Heimpflege bekommen.

Daimler will noch mehr abbauen

Jobverlust wegen Corona-Folgen

Beim Autobauer Daimler droht wegen der Corona-Krise ein deutlich größerer Stellenabbau als bisher bekannt. Im Interview mit der Stuttgarter Zeitung schloss Personalvorstand Wilfried Porth trotz einer bis 2029 geltenden Beschäftigungssicherung bei dem Konzern auch betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr aus. Mehr als 15.000 Mitarbeiter müssten auf freiwilliger Basis ausscheiden, damit dies vermieden werden könne.

Bislang setzt Daimler beim Stellenabbau vor allem auf Abfindungen, Altersteilzeit und Frühpensionierung. Laut Medienberichten sollen allerdings erst rund 700 unterschriebene Verträge über solche freiwilligen Ausscheidungen vorliegen. Intensive Trennungsgespräche starteten Anfang des Monats.

„Die Betriebsvereinbarung zur Zukunftssicherung beschreibt den Weg, den die Sozialpartner miteinander gehen, um das gemeinsame Ziel der Beschäftigungssicherung zu erreichen“, sagte Porth. In der Vereinbarung stehe aber auch, dass sich die Parteien erneut zusammensetzen müssen, wenn sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ändern. Die Aussagen könnten daher auch Verhandlungstaktik sein.

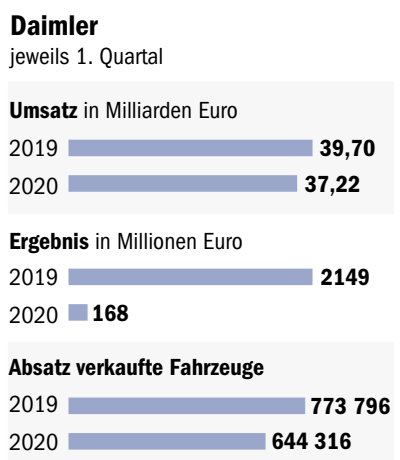
Derzeit verhandelt Daimler mit der Arbeitnehmervertretung über Sparmaßnahmen, die betriebsbedingte Kündigungen kompensieren könnten. Die Bereitschaft der Arbeitnehmervertretung, „signifikante Sparbeiträge zuzugestehen“, sei jedoch „derzeit leider nicht besonders ausgeprägt“, sagte Porth.

Zur Diskussion stehen tarifliche Vereinbarungen wie Pausenregelungen oder Spätschichtzulagen ab 14 Uhr. „Das sind alles historische Leistungen, die zum Zeitpunkt ihrer Aushandlung richtig gewesen sein mögen. Aber sie passen nicht mehr in die heutige Zeit und die heutige Kostenstruktur“, sagte Porth.

Bislang konzentrieren sich die Personalsparmaßnahmen bei Daimler auf die Verwaltung. Porth kündigte nun jedoch eine mögliche Ausweitung auch auf einzelne Produktionsbereiche an. Es könne sein, dass etwa in den Werken in Untertürkheim, Berlin sowie an Standorten einiger Tochtergesellschaften Mitarbeitern Abfindungen angeboten würden, sagte Porth.

Die SPD appellierte an das Unternehmen, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten. „Das muss an erster Stelle stehen“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Katja Mast, der Nachrichtenagentur AFP. Sie hoffe sehr, dass alle Beteiligten eine Lösung fänden, „damit möglichst viele Arbeitsplätze erhalten werden können“. Den möglichen Stellenabbau bezeichnete sie als hart für die Betroffenen und ihre Familien, für die Zulieferer, für Baden-Württemberg und den Automobilstandort Deutschland insgesamt.

Bernd Riexinger von der Linkspartei: „Es fehlt dem Daimler-Management offenbar an einer unternehmerischen Vision, um den Traditionskonzern vor dem Untergang zu bewahren.“ (BLZ, mit AFP)



Tesla verspricht Arbeitsplätze

US-Konzern wirbt für umweltrechtliche Genehmigung von Grünheide

Der US-Elektroautobauer Tesla verspricht laut Agenturberichten, den Betrieb seines neuen Werkes in Grünheide mit bis zu 15.000 Mitarbeitern im Schichtbetrieb durchführen zu wollen.

In einer Schicht sollen laut dpa zwischen 3000 und 3500 Beschäftigte arbeiten, vorgesehen sei ein Drei-Schicht-Betrieb pro Tag. Derzeit suche das Unternehmen nach Fachkräften. Die dpa beruft sich auf anonyme Informationen aus Branchenkreisen. Im Antrag von Tesla für die umweltrechtliche Genehmigung werden unterschiedliche Angaben zur Mitarbeiterzahl pro Schicht gemacht. Dort ist auch von

bis zu 12.000 direkten Arbeitsplätzen die Rede, darunter etliche Ausbildungsplätze.

Eine genaue Zahl ist schwer festzumachen. Tesla hat in der Vergangenheit immer hohe Beschäftigtenzahlen versprochen, um behördliche Genehmigungen zu erhalten. Jeder der Beschäftigten bei Tesla erhält in irgendeiner Form eine Bezahlung, die mit dem Aktienkurs in Verbindung stehen. Wegen der Optionen auf Anteile kann der Job bei Tesla für Ingenieure und Facharbeiter sehr attraktiv sein. Der Preis der Aktie ist allein im vergangenen Jahr um 200 Prozent gestiegen. Viele Mitarbeiter sind dadurch Millionäre

geworden. Der Wert von Elon Musks Aktienpaket beträgt etwa 46 Milliarden Dollar. Allerdings mussten viele Mitarbeiter wegen Corona Gehaltskürzungen hinnehmen. Der Fachblog Electrek.co beklagt, dass die Aktie in der Vergangenheit nicht mehr so stark gestiegen sei, dass das Versprechen aus den Optionen die Gehaltsverluste nicht mehr kompensiert. Das zweite Problem ist, dass Tesla seinen Investoren ein enormes Versprechen auf Erfolg vorgelegt hat. Sollte dieses nicht eingelöst werden können, sind auch die Optionen kein guter Deal, insbesondere für Mitarbeiter, die neu einsteigen.

sie: „Schließen Sie die Versicherung nur ab, wenn Sie absehen können, dass Sie im Ruhestand ein sicheres Einkommen haben.“ Wer die Versicherung im Rentenalter kündigen muss, verliert das eingezahlte Geld und den Versicherungsschutz.

Pflege-Bahr: Um die Bürger dazu zu animieren, etwas für die private Pflegevorsorge zu tun, unterstützt der Staat den Abschluss einer Pflegegeldversicherung unter bestimmten Umständen. Bei einer Eigenleistung von mindestens zehn Euro im Monat, schießt der Gesetzgeber fünf Euro monatlich, also 60 Euro im Jahr, zu. Diese Förderung nennt sich Pflege-Bahr nach Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP), der die Gesetzesinitiative 2013 einbrachte.

Gesetzlich oder privat Krankenversicherte können einen Pflege-Bahr-Tarif abschließen – die Versicherungen müssen jeden Antragsteller aufnehmen. Eine Gesundheitsprüfung findet nicht statt. Das führt dazu, dass der Pflege-Bahr für Menschen mit Vorerkrankungen eine gute Variante ist. Die Beiträge fallen entsprechend höher aus, als bei Versicherungen mit Gesundheitscheck. Die Experten von Finanztip online raten vom Pflege-Bahr ab, weil die Beiträge im Lauf der Zeit unter Umständen die Höhe der ausgezahlten Beträge übersteigen könnten.

Pflegekostenversicherung: Die Krankenkassen bieten eine Pflegekostenversicherung an. Sie erstattet tatsächlich entstandene Kosten bis zu einem bestimmten Höchstbetrag oder einem Prozentsatz, die nicht durch die Pflichtversicherung abgedeckt werden. Die Kosten müssen mit Rechnungen belegt werden. Die Versicherung eignet sich deshalb vor allem für professionelle Pflege. Manche Tarife enthalten auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung. Die Erstattung passt sich der Kostenentwicklung an und kann bei Preissteigerungen den größeren Teil der Auslagen decken, heißt es beim Bund der Versicherten.

Pflegerentenversicherung: Hier zahlt der Versicherte über die gesamte Laufzeit des Vertrags einen vereinbarten Betrag. Im Pflegefall erhält er oder sie eine garantierte monatliche Pflegerente. Die Höhe der Pflegerente bestimmt sich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit und der vereinbarten Leistung. Die Versicherer steigen aber oft erst bei Pflegegrad 3 ein. Neben der Rente kann auch der Todesfall, eine Kapitalleistung oder eine Altersrente, zum Beispiel ab 85 Jahren, abgeschlossen werden. Der Bund der Versicherten rät von dieser Art Versicherung ab, weil sie eine „undurchschaubare Kombination aus Versicherungsschutz und unrentablem Sparvorgang“ sei.

NACHRICHTEN

Bundesregierung für Sanktionen gegen Russland

Die Bundesregierung hat den EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen, wegen des Hacker-Angriffs auf den Bundestag vor fünf Jahren gemeinsam Sanktionen zu verhängen. Eine Entscheidung über den Vorschlag vom 3. Juni steht noch aus, wie aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht. Die Bundesregierung behauptet, dass ein Hacker vom russischen Militärgeheimdienst GRU in die Attacke verwickelt war. Es wäre das erste Mal, dass das 2017 beschlossene EU-Cybersanktionsregime zur Anwendung kommt. Der europapolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag hält dieses Vorgehen für „äußerst problematisch“. Das Auswärtige Amt würde mit der Maßnahme einen „schwierigen Präzedenzfall schaffen“, schreibt Hunke in einer Mitteilung. (BLZ, mit dpa)

Millionen-Entschädigung für Opfer angehörige in Hanau

Vier Monate nach dem Anschlag von Hanau, bei dem der Täter aus offensichtlich rassistischen Motiven neun Menschen erschoss, haben die Hinterbliebenen von der Bundesregierung mehr als eine Million Euro an staatlicher Hilfe erhalten. An Angehörige der Opfer des Anschlags vom 19. Februar seien bislang insgesamt 1,09 Millionen Euro an Härteleistungen ausgezahlt worden, berichteten die Zeitungen der Funke Mediengruppe unter Berufung auf das Bundesjustizministerium. Der Täter hatte neun Menschen mit ausländischen Wurzeln getötet, später wurden er und seine Mutter tot aufgefunden. (AFP)

Trump trägt Schutzmaske – ausnahmsweise



Die Maske: Farblich passend und mit dem Siegel des Präsidenten DPA/PATRICK SEMANSKY

US-Präsident Donald Trump lehnt Masken in der Corona-Krise für sich selber eigentlich ab – nun hat er beim Besuch eines Militärkrankenhauses eine getragen. Auf Fernsehbildern war Trump mit blauem Mund-Nasen-Schutz mit dem Siegel des Präsidenten zu sehen. Zuvor hatte er vor Journalisten gesagt: „Ich finde es großartig, eine Maske zu tragen. Ich war nie gegen Masken, aber ich glaube, es gibt eine Zeit und einen Ort dafür.“ In dem Krankenhaus, in dem manche Verwundete gerade erst operiert worden seien, sei eine Maske angebracht. (dpa)

Antikörper-Tests dämpfen Hoffnung auf Corona-Impfung

Neue Untersuchungen von genesenen Covid-19-Patienten dämpfen die Hoffnung auf eine lang anhaltende Immunität und damit auch auf eine lange Wirksamkeit einer möglichen Impfung. Bluttests der ersten Corona-Patienten in Deutschland, die Ende Januar in der München Klinik Schwabing behandelt wurden, zeigten ein deutliches Absinken der Anzahl von sogenannten neutralisierenden Antikörpern im Blut, berichtete Clemens Wendtner, Chefarzt der dortigen Klinik für Infektiologie. (dpa)